



DIETZENBACHGERECHT.

POLITIK FÜR EIN LEBENSWERTES DIETZENBACH.

ECKPUNKTE FÜR DIE KOMMUNALWAHL 2011.

www.spd-dietzenbach.de

SPD Dietzenbach



DIETZENBACHGERECHT.

POLITIK FÜR EIN LEBENSWERTES DIETZENBACH.

ECKPUNKTE FÜR DIE KOMMUNALWAHL 2011.

www.spd-dietzenbach.de

SPD Dietzenbach

Inhaltsverzeichnis

VORWORT	2
1. Zukunft planen	3
2. Familien stärken – Bildung sichern	5
3. Brücken bauen	8
4. Stadt und Umwelt gestalten	11
Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahl 2011	18
Impressum	19



Von Links: Anette Achterrath, Sabine Göser, Wilfred Schmolla, Heinz-Walter Scherping, Ulrike Alex, Jürgen Heyer, Rainer Engelhardt, Ilse Wassermann, Stefan Schmitt, Anja Schäfer, Heinz Pawlowske, Peter Gussmann, Waltraud Nandorf, Dieter Lang, Bernd Blesenkemper, Jerome Alex



Peter Gussmann
Fraktionsvorsitzender



Stefan Schmitt
Vorsitzender des
Ortsvereins

Vorwort

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

mit diesem Wahlprogramm gibt Ihnen die SPD einen Überblick über ihre Ziele und Schwerpunkte für die kommenden Jahre.

Wir wollen dafür eintreten, dass allen Menschen in Dietzenbach attraktive Wohn-, Arbeits- und Freizeitmöglichkeiten geboten werden. Wir wollen weiterhin daran mitwirken, eine kulturell vielfältige Stadt und ein lebenswertes Umfeld zu schaffen.

Alle Menschen in Dietzenbach, ungeachtet ihrer Herkunft, ihres Alters, ihres Geschlechts, ihrer Religion oder ihres Einkommens sollen am sozialen und kulturellen Leben gleichberechtigt teilhaben können.

Und alles in allem: Die SPD in Dietzenbach steht kompakt und geschlossen für eine ökologische Entwicklung der Stadt sowie für soziale Gerechtigkeit und solidarisches Verhalten im Miteinander. Unser Programm ist kein starres Gerüst und es erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Wir wünschen uns Ihre Anregungen und Ergänzungen, Kritik und gern auch Lob.

Ihre Dietzenbacher SPD

1. Zukunft planen



Die Herausforderung für die Kommunalpolitik besteht in den kommenden Jahren darin, trotz geringer Finanzmittel Gestaltungsspielräume zu nutzen und die kommunale Selbstverwaltung zu erhalten. Die schwierige Finanzlage unserer Stadt ist hinreichend bekannt. Dietzenbach steht damit nicht allein. Viele Kommunen können die wachsenden Anforderungen nicht mehr schultern. Wie diese muss Dietzenbach in überregionalen Initiativen für eine gerechtere Verteilung von Steuermitteln kämpfen.



Der Kommunale Finanzausgleich muss reformiert werden. Es muss unterbunden werden, dass das Land sich an den Mitteln der Kommunen bedient. Das Konnexitätsprinzip muss endlich greifen, das heißt, die Kosten für Gesetze, die das Land oder der Bund beschließen, dürfen am Ende nicht den Kommunen aufgebürdet werden.

Erhöhungen der Gemeindesteuern sind kaum geeignet, die Finanzlage der Kommunen zu verbessern. So liegt Dietzenbach schon jetzt bei der Gewerbesteuer kreisweit vorn. Eine weitere Anhebung würde die Attraktivität als Wirtschaftsstandort weiter schwächen und damit einen gegenteiligen Effekt erzielen.

Eine **Einnahmeverbesserung** im Bereich der Gewerbesteuer kann nur durch eine innovative und planvolle Wirtschafts-förderung erreicht werden, die bestehende Betriebe stärkt und neue Betriebe anzieht.

Auch bei der Grundsteuer liegen wir im oberen Bereich. Eine Erhöhung würde alle Bürgerinnen und Bürger treffen und in der Summe nur einen geringen Nutzen bringen. Gebühren müssen kostendeckend sein. Die Gemeinden dürfen daran nichts verdienen. Von diesem Prinzip darf nur in besonderen Fällen, wie z.B. bei den Kindertagesstätten, abgewichen werden.

Die Hauptaufgabe liegt also nicht darin, durch höhere Gemeindesteuern kurzfristig mehr Einnahmen zu erzielen, sondern bis zu einer gerechteren Verteilung der Finanzen zwischen Bund, Ländern und Kommunen **sparsam und nachhaltig** mit den begrenzten öffentlichen Mitteln umzugehen.

Die Tatsache, dass das kommunale Defizit auf Dauer nur durch eine umfassende Neuordnung der Finanzsysteme ausgeglichen werden kann, enthebt verantwortungsvolle Kommunalpolitiker und Kommunalpolitikerinnen dennoch nicht der Verantwortung einer schonungslosen Aufgabenkritik.

Investitionen sind danach zu beurteilen, ob sie als zukunftsorientiert gelten können. Jede Ausgabe muss auf **Nachhaltigkeit** überprüft werden. So wird zum Beispiel entgegen den Forderungen der SPD seit Jahren an der Instandhaltung der Gemeindestraßen gespart. Das bringt eine kurzfristige Entlastung, langfristig werden die Schäden jedoch für höhere Kosten sorgen. Ebenso wird es sich rächen, wenn wir Investitionen in die Bildung unserer Kinder nicht heute tätigen.



2. Familien stärken – Bildung sichern

Die Zukunft gehört bildungs- und familienfreundlichen Kommunen. Die Tatsache, dass Dietzenbach eine junge Stadt ist, begreifen wir als Chance. Bei allen kommunalen Planungen sollten die Interessen von Familien Vorrang erhalten. Gemäß unserem gesellschaftspolitischen Leitbild wollen wir erreichen, dass alle Menschen am sozialen und kulturellen Leben teilhaben können. Die Verbesserung der Bildungsqualität ist Voraussetzung für ein gutes Miteinander.

Als erstem Träger der öffentlichen Bildung kommt der Kommune eine besondere Verantwortung für ihre **Kindertagesstätten** zu. Differenzierte und hochwertige Betreuungsangebote bilden eine wichtige Grundlage für den späteren Schulerfolg. Kindertagesstätten sollen zu Familienzentren ausgebaut werden. Hungrige oder fehlernährte Kinder lernen schlechter. Deshalb ist ein gesundes und finanzierbares Essensangebot in der Kindertagesstätte eine wichtige Voraussetzung für die Entwicklung der Kinder. Die heute noch teilweise geübte Praxis, dass Kinder während der Essenszeit nach Hause gehen

und dann wieder hungrig in der Kita erscheinen, muss der Vergangenheit angehören.

Ein besonderer Schwerpunkt der frühkindlichen Erziehung liegt in der **Förderung der Sprachkompetenz**. Dies gilt zunehmend nicht nur für Kinder mit Migrationshintergrund. Um die qualifizierte Arbeit in unseren Kindertagesstätten zu erhalten, wollen wir eine regelmäßige Fortbildung der Erzieherinnen und Erzieher gewährleisten.

Ab 2013 haben auch **Kinder unter drei Jahren** ein Recht auf einen Platz in einer Kindertagesstätte. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Nachteilig für Dietzenbacher Kinder ist folgender Aspekt des neuen Gesetzes: Wer seine Kinder nicht in die Kindertagesstätte schickt, soll dafür einen finanziellen Ausgleich bekommen. Es ist zu befürchten, dass eben diese Familien, die den Wert eines Besuchs der Kindertagesstätten nicht einschätzen können, von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden. Das schmälert die Chancen ihrer Kinder auf einen erfolgreichen Schulbesuch. Sollte dieses Gesetz Bestand haben, werden wir für eine Aufklärungskampagne sorgen, mit der wir für einen Besuch der Kitas werben.

Der Übergang von der Kindertagesstätte in die Schule ist ein großer Schritt. Deshalb werden wir die schon praktizierte Zusammenarbeit der Kindertagesstätten mit den Grundschulen weiter fördern.

Die UN-Behindertenrechtskonvention, die von der Bundesrepublik ratifiziert wurde, wird in den kommenden Jahren zu zahlreichen Veränderungen an den **Schulen** führen. Jedes Kind hat danach das Recht, in einer Regelschule unterrichtet zu werden. Damit wird die Überweisung an eine Förderschule gegen den Elternwillen nicht mehr möglich sein. Jedes Kind soll im Rahmen seiner Möglichkeiten angenommen und gefördert werden (**Inklusion**). Dies wird die Schulen vor große Herausforderungen stellen.

Hier muss die Stadt im Rahmen ihrer Möglichkeiten die Schülerinnen und Schüler unterstützen. Dazu zählen der Fortbestand unserer qualifizierten Hausaufgabenhilfe, die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in den Schulen und der Kooperation mit Vereinen und Stadtbücherei.



Zurzeit gibt es an jeder Dietzenbacher Schule **Schulsozialarbeit**. Die dort geleistete Arbeit zeichnet sich durch eine hohe Qualität aus. Die Kosten werden anteilig von der Stadt und dem Landkreis getragen. Das Land Hessen verweigert noch immer eine Beteiligung. Diese muss unter Hinweis auf die besondere Situation der Stadt Dietzenbach immer wieder eingefordert werden.

Im Rahmen der gebotenen Daseinsvorsorge muss die Stadt ein nicht kommerzielles Freizeitangebot für **Kinder und Jugendliche** zur Verfügung stellen. Dabei soll Eigenverantwortung und Mitgestaltung im Vordergrund stehen. Deshalb wollen wir ein Kinder- und Jugendforum einrichten, wo Wünsche und Vorstellungen eingebracht und diskutiert werden. Der Bau des Bildungshauses wird von der SPD ausdrücklich unterstützt. Wir werden das Nutzungskonzept im Sinne der Jugend-förderung und einem Miteinander der Generationen gestalten.

Bestehende Freizeit- und Bildungsangebote wollen wir stärker vernetzen. Vieles wird auch hier im ehrenamtlichen Bereich geleistet. Die dort Tätigen brauchen Rahmen-bedingungen, auf die sie sich verlassen können. So betreut z.B. der Verein „Zusammenleben der Kulturen in Dietzenbach e.V.“ den Mitternachtssport. Es ist nicht hinnehmbar, dass dieses Projekt scheitert, weil die derzeitige Parlaments-mehrheit den jährlichen Zuschuss von weniger als 2.000,- € streicht, während gleichzeitig mehrere 100.000,-

€ für Rathaus-möbel ausgegeben werden sollen. Ebenso wenig dürfen sinnvolle Angebote für Kinder und Jugendliche nicht gegeneinander ausgespielt werden.

Der Verein „Kinder- und Jugendwelten“ möchte ein regelmäßiges pädagogisches Freizeitangebot installieren, dieses kann allein ehrenamtlich nicht geleistet werden. Hier wollen wir uns für eine angemessene finanzielle Unterstützung stark machen.

In Dietzenbach gibt es **aktive Senioren**, die nicht nur städtische Angebote nutzen, sondern die auch mit tatkräftigem Engagement ehrenamtlich Aufgaben übernehmen, die die Kommune nicht leisten kann. Indessen leben bei uns auch Senioren, die unserer besonderen Fürsorge und Unterstützung bedürfen. Wir wollen deshalb das städtische Pflegeangebot nicht privatisieren. Die Anzahl der Pflegeplätze ist derzeit nicht ausreichend. Im Hinblick auf den demografischen Wandel müssen dieses Angebot, sowie die Anzahl der Kurzzeitpflegeplätze erhöht werden. Wohnraum für Senioren mit kleiner Rente muss bezahlbar bleiben. Initiativen, die alternative Wohnprojekte anstreben, werden wir unterstützen.

3. Brücken bauen

Kommunalpolitisches Handeln trägt dazu bei, Brücken zu bauen zwischen den unterschiedlichen Gruppen der Bevölkerung: Einheimischen und Eingewanderten, Alt und Jung, beruflich Gesicherten und Arbeit Suchenden, Bewohnern unterschiedlicher Stadtteile. Eine aktive Kultur- und eine planvolle **Integrationspolitik** sind dafür unabdingbar.

Kultur bildet einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Aus diesem Grunde ist es die Aufgabe einer Kommune wie der Kreisstadt Dietzenbach, Kulturangebote zu finanzieren bzw. mitzufinanzieren. In der Kultur zeigen sich Kreativität und Vielfalt der Menschen in unserer Stadt.

Die Kulturangebote im Bürgerhaus und in anderen städtischen Einrichtungen werden beibehalten. Dabei liegt uns besonders am Erhalt des Open-Air-Kinos, einem attraktiven, von allen Bevölkerungsgruppen angenommenen Angebot.

Eine **gezielte Vereinsförderung** muss die vielfachen ehrenamtlichen Initiativen nachhaltig



unterstützen. Künstlerische und sportliche Betätigung ist besonders für Kinder und Jugendliche eine wichtige Alternative zu Fernseher und Computer. Unser besonderes Augenmerk liegt auf jenen Vereinen, die sich soziales Engagement auf die Fahnen geschrieben haben.

Den Dietzenbacher Vereinen sind nach Möglichkeit räumliche Begegnungsstätten in städtischer Regie zur Verfügung zu stellen bzw. die vorhandenen sind zu erhalten. Insbesondere ist das Reinhard-Göpfert-Haus in der jetzigen Form als ein Zentrum der **Vereins- und Seniorenarbeit**, aber auch zur Nachbarschaftsbegegnung als städtische Einrichtung beizubehalten. Bestrebungen der Privatisierung treten wir entgegen.

Stadtbücherei, Volkshochschule und Musikschule bieten der am **Kulturleben** interessierten Bevölkerung ein abwechslungsreiches und angemessenes Programm. Diese Einrichtungen sind zu fördern und gemäß den zukünftigen Anforderungen weiter zu entwickeln.

In Dietzenbach gab es schon einen Ausländerbeirat, bevor er in Kommunen mit über 1000 ausländischen Einwohnern Gesetz wurde.

Die Stadt war damit Vorreiterin im Bereich der **Integration**.

Bereits am 16. Juli 1993 beschloss die Stadtverordnetenversammlung, die „Präambel der ehemaligen Satzung für den Ausländerbeirat der Stadt Dietzenbach“ als weiterhin gültig beizubehalten, worin sich die Stadt ausdrücklich zur Integration ihrer ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürger und somit auch deren Einbeziehung in die politische Willensbildung bekennt.

Wir werden nicht nachlassen in unserem Bemühen, in der **Integrationspolitik** eine von allen Parteien und Gruppierungen getragene Übereinstimmung zu erzielen. Denn darin sehen wir die unabdingbare Voraussetzung für eine wirklich spürbar verbesserte, weiterführende und zukunftsorientierte Entwicklung des Zusammenlebens aller Dietzenbacher Einwohnerinnen und Einwohner. Indessen kann sich Integration erfolgreich nur unter der Geltung und der Akzeptanz der hier geltenden allgemeinen Gesetze entwickeln.

Wie dringlich eine tragfähige Verständigung auf eine gemeinsame Zukunftsorientierung geboten ist, zeigt bereits die gegenwärtige demographische Lage:

Schon jetzt beträgt der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund 65 % aller unserer Schülerinnen und Schüler. Wer glaubt, sich dieser Tatsache auch weiterhin verschließen zu können, gibt jeden Anspruch auf, unser Dietzenbach aktiv mit zu gestalten. Hier beginnen wir allerdings nicht bei Null: Insbesondere im ehrenamtlichen Bereich bestehen seit Jahren gute Initiativen. Dazu gehört auch das verstärkte Einbeziehen eingewanderter Mitbürgerinnen und Mitbürger in ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen und gemeinnützigen Einrichtungen wie z.B. der Freiwilligen Feuerwehr, den Elternvertretungen in den Schulen, der Seniorenarbeit oder der Dietzenbacher Tafel.

Im friedlichen Zusammenleben kommt der **Sicherheit** eine Schlüsselstellung zu. Dies gilt nicht nur für die Schulwege und jegliche Freizeitbetätigung, sondern erst recht im Wohnumfeld. Nur wenn Begegnungen mit anderen Personen angstfrei geschehen, kann sich ein freiheitliches, zufriedenes Lebensgefühl gewissermaßen selbstverständlich entwickeln. Wir fördern nicht nur die Bemühungen um ein besseres Verstehen aller hier lebenden Menschen, sondern wir wollen uns darum kümmern, dass ein konstruktives Verständnis guten Zusammenlebens insbesondere bei den Jugendlichen weiter verstärkt wird. Prävention (**Vorbeugung**) ist hierbei immer besser als nachträgliche, teure Reparatur.



4. Stadt und Umwelt gestalten

Im Bereich der **Gestaltung von Stadt und Umwelt** bedarf es einer mittel- bis längerfristigen Orientierung. Es gilt die vorhandenen Stärken und Potentiale ebenso einzubeziehen wie die nachhaltige Nutzung unserer Ressourcen, insbesondere der Naturlandschaft und des Baulandes. In Dietzenbach gibt es einen durchaus vorzeigbaren Entwicklungsstand: allerdings liegen noch immer beträchtliche Flächen brach.



Wir brauchen ein attraktives Ansiedlungsklima, nicht nur für weitere Wohnbebauung, sondern vor allem für **Gewerbebetriebe**, die weitere Arbeitsplätze mit sich bringen, und damit die Einnahmen im städtischen Haushalt verbessern. Bei weiteren Gewerbeansiedlungen soll ein möglichst vorteilhaftes Verhältnis von Flächenverbrauch und Anzahl der Arbeitsplätze erreicht werden.

Das **Einkaufsangebot in der Altstadt** darf nicht weiter zurückgehen, sondern es soll ausgebaut werden. Der Wochenmarkt am Stadtbrunnen bleibt erhalten.

Das so genannte „Innenohr“ im **Spessartviertel** wollen wir attraktiver und zu persönlichen Begegnungen einladend gestalten, zum Nutzen aller in dessen Umgebung wohnenden Menschen.

Der **Hessentagspark** soll durch weitere Verschönerungen verbessert werden, z.B. durch Anpflanzung zusätzlicher Schattenbäume, einer gepflegten zentralen Wiese, Blütensträucher, neue Wege mit Sitzbänken.

Als ein kommunalpolitisches „Sorgenkind“ hat sich die **städtebauliche Entwicklungsmaßnahme** nach Städtebauförderungsgesetz erwiesen: Die seit Jahren stark verlangsamte bauliche Entwicklung hat im Verhältnis zu den Erlösen aus Geländeverkäufen unverhältnismäßig hohe Verwaltungskosten und Zinslasten hervorgerufen. Die unbestreitbare finanzielle Mitverantwortung des Landes Hessen muss endlich zu einer spürbaren Entlastung in der städtischen Verschuldung führen.

So notwendig, gut und nützlich jede Zusammenarbeit von Stadtverwaltung und Gewerbeverein bleibt, so klar ist, dass eine moderne **Wirtschaftsförderung** deutlich darüber hinausgehen muss. Dietzenbach braucht eine nachhaltige Verstärkung seiner Wirtschaftskraft,

nicht nur zur Verbesserung der städtischen Finanzen, sondern auch zur Sicherung der vorhandenen und die Gewinnung zusätzlicher Arbeitsplätze. In den im Prinzip gut zugänglichen Informationsnetzen kommt es auf ständigen, aktiven Kontakt an: zur Industrie- und Handelskammer, zu den Wirtschaftsverbänden, auch zu den Gewerkschaften, um jeweils frühzeitig geeignete Flächen anbieten zu können.

Ebenso bedeutsam ist die intensive Kommunikation mit überörtlichen Gebietskörperschaften, vom Kreis Offenbach und der Region Rhein-Main über das Land und den Bund bis hin zur Europäischen Union in Brüssel, zum Beispiel auch über die dortige Hessische Landesvertretung. Auf die gute persönliche Erreichbarkeit der zuständigen Verwaltungsstellen der Stadt kommt es dabei ebenso an, wie für qualifizierte Standortberatung auf die Verfügbarkeit einer fortlaufend aktualisierten Datenbank.

Ohne **Energie** bewegt sich nichts. Sie ist ein kostbares Gut, dessen Gewinnung jedoch zu erheblichen Umweltschäden führen kann. Der sich vollziehende Klimawandel mahnt uns zur deutlichen Reduzierung der Treibhausgase, insbesondere durch Senkung des Verbrauchs fossiler Brennstoffe.

Wir denken bei der Energiewende kurz- und langfristig; wir werden uns dafür einsetzen, dass Dietzenbach in einem zielgerichteten, kontinuierlichen Prozess zunehmend mit einer umweltfreundlichen, nachhaltigen, dennoch wirtschaftlichen Energie versorgt wird.

Der Einsatz **regenerativer Energien** und die effiziente Nutzung von Energie müssen ausgeweitet werden. Hier besteht ein großes Tätigkeits- und Verdienstpotal für einheimische Betriebe. Es sollte nach vorhandenen Vorbildern ein Netzwerk aus Fachbetrieben und Experten initiiert werden.

Außerdem schlagen wir die Einrichtung eines Energieforums unter Bürgerbeteiligung vor. Informationen über Initiativen, Förderprogramme, Pilotprojekte und in Betrieb befindliche Anlagen zur Gewinnung regenerativer Energien sollen gesammelt und veröffentlicht werden.

Als förderungswürdig sehen wir insbesondere die Nutzung von Solarenergie, Biogasanlagen und Erdwärme an. Für einen besseren Wirkungsgrad von Energie unterstützen wir Blockheizkraftwerke und Maßnahmen zur Wärmedämmung in Dietzenbach. Wir wollen in diesem Bereich eine Vorreiterrolle einnehmen und bei der Sanierung städtischer Liegenschaften dieses Wissen berücksichtigen.



Wir halten es deshalb für sinnvoll, die für **Solaranlagen** geeigneten Dachflächen in einem öffentlichen Kataster zu erfassen. Zudem sollen neue Dachflächen nach Möglichkeit eine für Solaranlagen günstige Ausrichtung erhalten. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit streben wir bei allen Maßnahmen die Akquisition von Pilot- und Forschungsprojekten und Fördermitteln an. Wir wollen eine energieeffiziente, umweltfreundliche und wirtschaftliche Beleuchtung im öffentlichen Raum erreichen.

Die Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf zuverlässige und kostengünstige **Abfallentsorgung**, die den Umweltschutzanforderungen genügt. Dabei muss es keine Festlegung auf eine bestimmte Methode, zum Beispiel das „Duale System“, geben. Sollte ein entsprechender Modellversuch zur Optimierung der Entsorgung, z.B. durch die gemeinsame Abfuhr aller Abfälle und die anschließende industrielle Sortierung ergeben, dass auf diese Weise umweltschonendere und kostengünstigere Abfallentsorgung funktioniert, wollen wir diese Einsparmöglichkeit nutzen.

Eine ruhige Lage ist für viele Menschen in Dietzenbach ein wichtiger Faktor für die Wohnortwahl. Durch zunehmenden Flugverkehr wird mehr **Lärm** produziert. Dies soll in zumutbaren Grenzen bleiben. Wir halten ein

Nachtflugverbot von 22.00 bis 6.00 Uhr für zwingend erforderlich. Ebenso sollen Flugroutenänderungen so gestaltet werden, dass in Dietzenbach keine stark verlärmten Wohngebiete entstehen. Dabei ist Fluglärm durch den Frankfurter Flughafen ebenso zu beachten, wie der durch den Egelsbacher Flughafen. Wir werden uns für eine permanente Messung und öffentlicher Dokumentation der Schallemissionen über dem Stadtgebiet seitens der Flughafenbetreiber einsetzen.

Lärm wird auch durch Straßen- und Schienenfahrzeuge produziert. Auch hier sind vermeidbare Belästigungen einzuschränken. Wir werden prüfen, ob beispielsweise der Lärm an der Vélizystraße und an der S-Bahntrasse reduziert werden kann.

Die Stadt Dietzenbach ist im Ballungsraum Rhein-Main mit dem Verkehrsmagneten Frankfurt verstärkt abhängig von einem attraktiven **Öffentlichen Personennahverkehr** (ÖPNV).

Das Stadtgebiet mit den Stadtteilen Hexenberg und Steinberg zieht sich über ein großflächiges Gebiet. Gerade für ältere Menschen ist deshalb der ÖPNV ein wichtiges Thema. Die SPD hält am bewährten Dietzenbacher **Stadtbus** fest. Wir wollen mit der weiteren Verbesserung der Verkehrssteuerung im Frankfurter Netz einen wesentlichen Schwachpunkt der S-Bahn Linie 2 beseitigen. Unser besonderes Augenmerk werden wir auf bezahlbare Tarife richten.

Der **Individual- bzw. Autoverkehr** durch und in Dietzenbach bedarf dringend einer Optimierung. Als wesentlichen Punkt sehen wir die Rückstufung der jetzigen B 459 zu einer Landesstraße verbunden mit der Höherstufung der bisherigen Kreisquerverbindung K173/174. Eine Begradigung der Straße im Bereich Wingertsberg ist hierbei von Nöten. Hierdurch sollte der Durchgangsverkehr – ohne andere Nachbarn direkt zu belasten – um Dietzenbacher Wohngebiete herumgeführt und der östlich ankommende Verkehr direkt zur Autobahn A 661 weitergeleitet werden können. Da dies eher längerfristig umsetzbar erscheint, setzt sich die SPD für eine Pflörtnerampelregelung an den Eingangspunkten für Dietzenbach ein.



Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes wollen wir eine verbesserte **Verkehrsregelung für die Altstadt** erreichen. Ein solches Konzept berücksichtigt die weitere Realisierung des Baufeldes C (Neubau Lidl & Tegut) am Masayaplatz als auch die weitere Verkehrsführung zur Post.

Um Dietzenbach von dem Individualverkehr weiter zu entlasten, ist es erforderlich, die Stadt nicht weiter als Logistikschwerpunkt zu bewerten.

Das **Radwegenetz** bedarf weiterer Verbesserung. Hier gilt es zusammen mit den Fachvereinen Lösungen für eine gute Verkehrsmöglichkeit innerorts sowie der Verbindungen mit unseren Nachbarstädten zu erarbeiten. Gerade Dietzenbach mit seiner zentralen und topografisch interessanten Lage ist für Fahrradfahrer attraktiv.

Neben dem Primat des öffentlichen Nahverkehrs gegenüber dem Autoverkehr wollen wir den schadstoffhaltigen Ausstoß der Kfz durch eine verstärkte Verwendung alternativer Kraftstoffe reduzieren. Dazu gehören weitere Ansiedlungen von Tankstellen mit alternativen Kraftstoffen wie zum Beispiel Autogas, Erdgas und Strom. Der Fuhrpark der Stadt wird – sofern noch nicht vollständig erfolgt – auf entsprechende Nutzungen umgestellt.

Die SPD tritt für eine spürbare Reduzierung/Ausdünnung des Schilderwaldes im Stadtgebiet ein. Eine auch dieser Forderung nachkommende Maßnahme ist die weitere Einführung von Tempo-30-Zonen. Die Herstellung zusätzlicher Kreisverkehre erspart derzeitige Ampelregelungen und führt zu finanzieller Ersparnis und weniger Lärm und Abgasen.

Im notwendigen Gesamtverkehrskonzept ist auch die Parkraumbewirtschaftung besser zu regeln. Einerseits ist zwischen möglichst nahem Parkplatz für die Einkäufe und Besorgungen bei der Dietzenbacher Geschäftswelt und andererseits einer verkehrsberuhigten, dem Einkauf förderlichen Atmosphäre eine Abwägung zu treffen.

Immer wieder kommt es im Straßenverkehr zu feststeckenden LKW in den Unterführungen der S-Bahn. Bisher kam es zu beträchtlichen Sachschäden. Die SPD setzt sich deshalb dafür ein, dass LKW-Fahrer vor den Unterführungen anhand einer geeigneten Warnanlage prüfen können, ob ihr LKW durch die Unterführung passt.





Gemeinsam bringen wir Dietzenbach weiter.

Ihre Stimme zählt!

Deshalb am 27. März 2011 wählen gehen.

1	Gussmann, Peter
2	Alex, Ulrike
3	Engelhardt, Rainer
4	Göser, Sabine
5	Schmitt, Stefan
6	Schäfer, Anja
7	Kourtoglou, Filippou
8	Nandorf, Waltraud
9	Blesenkemper, Bernd
10	Pawlowske, Heinz
11	Scherping, Heinz-Walter
12	Alex, Jerome
13	Lang, Dr.Dieter
14	Hendek, Cengiz
15	Usleber, Thomas
16	Amrein, Peter
17	Achterrath, Annette
18	Seiz, Peter
19	Wassermann, Ilse
20	Fahrenkopf, Uwe
21	Zeller, Bärbel
22	Schmolla, Dr.-Ing.Wilfried
23	Oberdorfer, Luise

24	Höhne, Reinhard
25	Alex, Tristan
26	Amrein, Silke
27	Lochner, Ingrid
28	Altenburg, Dr. Wolfgang
29	Lochner, Karl-Heinz
30	Block-Muhr, Erika
31	Rudnik, Peter
32	Duda, Hans
33	Benz, Hans
34	Greiner, Marianne
35	Propach, Hildegard
36	Schenzer, Ute
37	Block, Bernd
38	Teufel, Manfred
39	Silbernagel, Otto
40	Kunde, Margarete
41	Gussmann, Irlis
42	Lotz, Karl
43	Kuzelka, Gottfried
44	Tesch-Klühspies, Yvonne
45	Heyer, Jürgen

**Ihre Kandidatinnen und Kandidaten für die
Stadtverordnetenwahl am 27.03.2011 in Dietzenbach**

DIETZENBACHGERECHT.

Politik für ein lebenswertes Dietzenbach

Eckpunkte für die Kommunalwahl 2011

IMPRESSUM

SPD Ortsverein Dietzenbach

Vorsitzender Stefan Schmitt
Bachstraße 11
63128 Dietzenbach

Tel. 06074-6949929

Email: ortsverein@spd-dietzenbach.de

Internet: www.spd-dietzenbach.de

Layout

Cengiz Hendek

Filippos Kourtoglou

Bildnachweis (Soweit nicht gekennzeichnet)

Sabine Göser

Thomas Stiefel

Waltraud Nandorf

